

die Forschung stellt, deutlicher zu skizzieren und herauszustellen und das Anliegen des Bandes zu erläutern. Man könnte ihn als Einführung in Webers „Stadt“ lesen, allerdings werden nicht alle Texte diesem Anspruch gerecht. Das gleiche gilt für die Frage der Weberrezeption, die lediglich in einigen Beiträgen systematisch dargestellt wird. *Hinnerk Bruhns*, einer der Herausgeber, charakterisiert in einer Fußnote seines Aufsatzes die Besonderheit des vorliegenden Bandes gegenüber früheren zum gleichen Thema veröffentlichten durch die Einbeziehung der Weberschen Ausführungen zur chinesischen, indischen und auch russischen Stadt als wesentliche Bestandteile der Weberschen Konzeption (S. 43). Dieser Einschätzung kann nur bedingt gefolgt werden: lediglich der Beitrag von *Michael Mann* mißt Webers Bild der indischen Stadt systematisch an den Ergebnissen der Forschung zu Webers Zeit. Dabei kommt er zum Schluß, daß für Weber die indische Stadt lediglich als Gegenbild zur okzidentalen Stadt interessant war. Aus diesem Grunde übersah er Entwicklungen und Forschungserträge, die andere Schlußfolgerungen hätten erbringen müssen und die ihm durchaus zugänglich waren. *Manfred Hildermann* geht in seinem Beitrag zu, daß Weber nur ein marginales Interesse an der russischen Stadt hatte; *Hildermann* wendet dagegen Webers Typologie auf die russische Stadt vor allem seit dem 17. Jh. an und kommt zu dem Schluß, daß eine zu starke Entgegensetzung von russischer und okzidentaler Stadt unangemessen sei. Schließlich beschränkt sich *Helwig Schmidt-Glintzer* auf die Feststellung, daß Chinas Entwicklungsweg aus der Stadtentwicklung nicht abzuleiten sei, wie dies

Weber annahm. In einem kurzen Einführungsteil stellt er recht unsystematisch Webers Einschätzungen dem derzeitigen Forschungsstand zur chinesischen Stadt gegenüber. Allerdings wertet er diese Gegenüberstellung nicht aus – auch nicht in der Zusammenfassung, in der zum Teil ziemlich allgemein über die Stadt in China am Ende des 20. Jh.s berichtet wird. Zwar unterstreicht *Schmidt-Glintzer* die Nützlichkeit des kontrastiven Vergleichs zur Bestimmung der Eigenart der chinesischen Stadt, er verliert dieses theoretische Rüstzeug aber rasch aus den Augen und gibt statt dessen facettenreiche Impressionen aus der Entwicklung chinesischer Städte seit dem Neolithikum.

Daß Webers Kategorien und Modelle weiterhin für vergleichende und interdisziplinäre Forschungen interessant sind, dürfte als Fazit des Bandes gelten – allerdings ist dies alles andere als ein neuer Befund.

Thomas Höpel

Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 143), Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2000.

In den letzten Jahren hält die Diskussion über die Rolle der Geschichtswissenschaft während des Dritten Reichs und ihre Auswirkungen auf die bundesrepublikanische Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit permanent an. Ihr unterschiedlich sensibler Ton mag sich daher erklären, daß es ihr vielerorts noch an soliden Untersuchungen anhand quellengestützter

Aufarbeitung bestimmter geschichtswissenschaftlicher Teilbereiche und ihrer Institutionen fehlt. Die Dissertation von *Ingo Haar* ordnet sich an wichtiger Stelle in diese Diskussion ein, indem sie die Frage nach den Nahtstellen zwischen Wissenschaft und Politik für den Bereich der „Ostforschung“ aufrollt.

Haar untersucht Konzepte, Akteure und Institutionen und kommt im wesentlichen zu folgenden Ergebnissen:

1. Nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte eine Gruppe von Vordenkern der Volks- und Kulturbodenforschung das Konzept der „Volks(tums)geschichte“. Basierend auf der Anfang des 20. Jh.s entstandenen innovativen Verbindung von Geographie und Geschichte, aus der neue Methoden der Siedlungsgeschichte resultierten, wurden Volk und Boden als unhinterfragbare Ausgangspunkte historischer Entwicklung gesetzt. Der Staatsbegriff der kleindeutschen Schule sollte durch die Idee des Volkes als ursprünglicher Rassengemeinschaft ersetzt werden und somit einen Paradigmenwechsel herbeiführen (S. 363). Dieser Weg hatte auf längere Sicht eine ethnozentrische, rassistische und antisemitische Radikalisierung der Historiographie sowie ihre großdeutsche Prägung zur Folge. Ethnische Kategorien wurden zur Begründung für die Neuaufteilung des Raums verwendet; Kartographie und Nationalitätenstatistik dienten dazu, „natürliche“ Volksgrenzen ausmachen zu können. Auch Vertreter der Landesgeschichte, die die kartographischen Methoden selten seit Jahrzehnten praktizierten, griffen die Grenzziehungsideologie auf. In den zwanziger Jahren jedoch blieb zunächst die Dominanz der ideen- und politikgeschichtlich verfahrenen Geschichts-

schreibung der „Gelehrtenpolitiker“ traditioneller Prägung à la Meinecke und Oncken ungebrochen. Die auf Staat und Nation fixierte kritische Schule des Historismus behielt ihren Rang als Leitwissenschaft. Erst gegen Ende der Weimarer Republik und nach Einführung des Volkstumsbegriffs erfuhr die völkisch fundierte „Ostforschung“ einen Aufschwung. Spätestens der Göttinger Historikertag 1932, in dessen Vorfeld Hans Rothfels die Verbindung von Staatsgeschichte und Volksgeschichte gefordert hatte und auf dem Hermann Aubin sich auf Begriffe wie Volk und Raum, Grenzkampf und Überlegenheit des germanischen Herrenvolkes gegenüber den Slawen berief, hatte in dieser Richtung Signalwirkung (S. 97ff.). Während des Dritten Reichs wurde der volkshistorische Ansatz schließlich zum bestimmenden methodischen und hermeneutischen Muster, das mit totalitären und rassistischen Ordnungsvorstellungen verknüpft und auf Fragen der grenz- und auslandsdeutschen Volksgruppen angewendet wurde.

2. Die deutschen Historiker versuchten in den 1920er Jahren auf verschiedene Weise das Trauma der Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg zu überwinden. Während jedoch viele traditionelle Historiker der zwanziger Jahre noch immer einem Ideal von Wissenschaft anhängen, nach dem sich diese dem international geachteten diskursiven Prinzip stellen müsse, „in dem sich historische Wahrheit im Prozeß einer Dauerrevision von Forschungsergebnissen“ konstituiere (S. 148) und nach dem Wissenschaft nicht direkt politisch instrumentalisiert werden dürfe, entschloß sich eine kleine Gruppe völkisch orientierter Experten, die Anwendungsorientierung zur Ma-

xime zu wählen. Folgt man einer Typologie Langewiesches, so waren es am ehesten „antirepublikanische Erneuerer“¹, die sich in den zwanziger Jahren zunehmend der Erforschung des Grenz- und Auslandsdeutschtums widmeten und damit gleichzeitig dem revisionistischen Diskurs der Gegner des Versailler Vertrages ein Forum boten sowie sich den sozialen und rassenbiologischen Leitvorstellungen der Nazis öffneten. Beim Aufstieg der „völkischen Geschichtswissenschaft“ kamen Akteure wie Hermann Aubin, Adolf Helbok oder Max Hildebert Böhm nicht nur der ohnehin anstehende Generationswechsel bei der Besetzung der Ordinateure und in den Leitinstitutionen der deutschen Geschichtswissenschaft zu Hilfe, sondern vor allem der politische Systemwechsel von 1933. Der Elitenwechsel hatte die Besetzung wichtiger Stellen mit Karrieristen wie Albert Brackmann oder Theodor Oberländer zur Folge und offerierte außerdem aufstiegsorientierten „jungkonservativen“ Historikern wie Theodor Schieder oder Werner Conze berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Allerdings wirkt in bezug auf die Akteure die Stringenz der Arbeit insgesamt mitunter irritierend. Individuell ambivalente Motive und Einstellungen der Vertreter des kritischen Historismus z.B. – die mitunter als „professorale Vergangenheitsucher“ (Langewiesche) eine hohe Anfälligkeit für die nationalsozialistischen Versprechungen zur Wiederherstellung der nationalen Größe Deutschlands aufwiesen – werden zugunsten der Polarisierung zwischen Staatsgeschichte und Volkstumsgeschichte weitgehend ausgeblendet.

3. Den umfangreichsten Teil der Arbeit Haars stellt die Untersuchung

der Institutionen dar, mit deren Hilfe der volkshistorische Ansatz bereits in der Weimarer Republik entwickelt werden und im Dritten Reich zur Anwendung kommen konnte. Erste institutionelle Grundlage bot seit 1925 die Leipziger „Mittelstelle für Volks- und Kulturbodenforschung“, eine „Denkfabrik“, die ein Netzwerk zwischen Wissenschaft und Politik knüpfte. Ihre Umwandlung in eine Stiftung 1926 zeigt, daß die revisionistische Politik die Nützlichkeit des Unternehmens schnell erkannt hatte und begann, die Forschungen über Grenz- und Auslandsdeutschtum zu fördern. Vom Reichsministerium des Innern durch Gebäude und technische Infrastruktur finanziert, konnte sich der Geograph Wilhelm Volz an die Arbeit machen, „die hervorragendsten deutschen Gelehrten“ zusammenzuführen, um der internationalen Gelehrtenwelt das Unrecht der Grenzziehung des Versailler Vertrages vor Augen zu führen (S. 51). Mit dem geplanten „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums“ und dem „Atlas der deutschen Volkskunde“ sollten unter wissenschaftlichem Anspruch völkische Inhalte vermittelt werden. Doch zunächst scheiterten sowohl die Projekte als auch die Leipziger Stiftung an mangelnder Effizienz sowie an den Konflikten zwischen den Volkstumswissenschaftlern selbst, deren politische Überzeugungen sich zwischen gemäßigt bis frenetisch revancharisch bewegten.

Mit der 1933 gegründeten Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft, deren Leiter Albert Brackmann wurde, übernahm eine neue Institution die Funktion der Leipziger Stiftung. Mit konspirativen und denunziatorischen Methoden wurde die Auflösung einer

Reihe von Ordinariaten und Einrichtungen erreicht, die wissenschaftliche und politische Konkurrenz „vernunftrepublikanischer“ Kollegen ausgeschaltet und die Kontroverse über die Meinungsführerschaft in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft beendet. Unter dem Dach der Forschungsgemeinschaft wurden 1935 die wichtigsten Zweige der ostdeutschen Landesgeschichte sowie der Osteuropaforschung zusammengefaßt. Die Publikationsstelle in Berlin-Dahlem koordinierte und kontrollierte seitdem als Geschäftsstelle die rund 400 Projekte von rund 200 Gelehrten, die volkscundliche, geographische und kultur- und geistesgeschichtliche Grundlagenforschung betrieben. Deren Anwendbarkeit erstreckte sich vor allem auf nationalsozialistische Siedlungspolitik bei der völkischen „Neuordnung“ Europas, sprich: auf Deportationsabsichten für slawische Völker und Juden. Mit der Bildung der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft 1937 war die überregionale Institutionalisierung der völkischen Geschichtswissenschaft schließlich ausgeformt. Als staatliche Großforschungseinrichtung verfügte sie neben dem Vetorecht bei sämtlichen Forschungs- und Publikationsvorhaben, über Mitspracherecht bei Berufungsverfahren an den Fakultäten der Ostuniversitäten und viele andere Einflußmöglichkeiten.

4. Am Schluß der Beschreibung dieser konzeptionellen und institutionellen Entwicklungen fragt *Haar* auch nach ihren Auswirkungen auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Eine Reihe der verschiedenlich als innovativ und „modern“ beschriebenen wissenschaftlichen Verfahren der ostdeutschen Volksgeschichte vor 1945 wurden für die Sozial- und Strukturgeschichte relevant (Immigrationsforschung,

Demographie, Erhebung sozialer, ethnischer oder politischer Strukturdaten). Nach *Haars* Ansicht ist aber weder deren Ursprung in der „völkischen“ Historiographie eindeutig gesichert, noch beruhte ihr Erfolg auf ihrem innovativen Charakter. Vielmehr erscheint ihm ihre Durchsetzung vor allem von der Fähigkeit der Akteure begünstigt worden zu sein, „das erlernte wissenschaftliche Handwerk im sich verändernden politischen System in der Frühzeit der Bundesrepublik frühzeitig mit neuen Fragestellungen und Geltungsansprüchen zu verknüpfen“ (S. 373).

Eindrucksvoll führt die Arbeit vor Augen, wie wichtig die Untersuchung von Institutionen für die Wissenschaftsgeschichte ist. Die von *Haar* auf einem soliden quellenanalytischen Fundament aufgedeckten Zusammenhänge zwischen institutionellen und intellektuellen Faktoren in der Historiographie werden hoffentlich auch der mitunter unsachlichen Diskussion über redliches oder unredliches Verhalten einzelner Gelehrter eine neue Basis geben.

Cathrin Friedrich

- 1 D. Langewiesche, Die Eberhard-Karls-Universität Tübingen in der Weimarer Republik. Krisenerfahrungen und Distanz zur Demokratie an deutschen Universitäten, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte, 51. Jg. (1992), S. 378.